



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 11. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. März 2023, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Patrick Bender (CDU)

Dagmar Hildebrand (CDU), in Vertretung von Peer Knöfler

Anette Röttger (CDU)

Wiebke Zweig (CDU)

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sophia Schiebe (SPD)

Christopher Vogt (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung des Abschlussberichts der Sachstandserhebung zum Ganztags- und Betreuungsangebot für Schulkinder durch Bildungsministerin Prien sowie Professor Dr. Lamp und Professor Dr. Friege von der Fachhochschule Kiel	4
2.	Bericht des Bildungsministeriums zum „Februarpaket“ zur Lehrkräftegewinnung	7
	Vorlagen des Bildungsministeriums Umdrucke 20/970 und 20/1001	
3.	Sachstandsbericht des Bildungsministeriums zum Projekt „PRO-Jung“ Umdruck 20/1037	9
	Vorschlag des Vorsitzenden	
4.	Umsatzsteuerbefreiung für Volkshochschulen	10
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/399	
	Bildung bezahlbar erhalten – die Umsatzsteuerbefreiung von Volkshochschulen muss bestehen bleiben	10
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/445	
5.	Leistung muss sich lohnen – Konzept zur leistungsbezogenen Besoldung von Lehrkräften erarbeiten	11
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/589	
	Entlastung von Lehrkräften als Teil einer Gesamtstrategie zur Lehrkräftegewinnung und -sicherung	11
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/640	
	(überwiesen am 27. Januar 2023)	
	– Verfahrensfragen –	
6.	Information/Kenntnisnahme	12
	Umdruck 20/927 – Leitfaden „Judentum, Antisemitismus, Israel“ Umdruck 20/937 – Haushaltsberatungen	
7.	Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vorstellung des Abschlussberichts der Sachstandserhebung zum Ganztags- und Betreuungsangebot für Schulkinder durch Bildungsministerin Prien sowie Professor Dr. Lamp und Professor Dr. Friege von der Fachhochschule Kiel

[Umdrucke 20/726](#), [20/727](#), [20/1000](#), [20/1015](#)

Herr Dr. Lamp und Herr Dr. Friege, Professoren an der Fachhochschule Kiel, stellen den Abschlussbericht der Sachstandserhebung zum Ganztags- und Betreuungsangebot für Schulkinder vor ([Umdruck 20/1000](#)).

Auf Fragen des Vorsitzenden antwortet Bildungsministerin Prien, ein Aspekt der zweiten Befragung werde die Erhebung der Ganztagsangebote in den Horten sein. Rund 1.000 Personen des im Ganztage eingesetzten nicht pädagogischen Personals habe an Fortbildungsmaßnahmen der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ teilgenommen und Zertifikate erworben.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antworten Herr Dr. Friege und Herr Dr. Lamp, Ferienangebote kosteten durchschnittlich zusätzlich 50 Euro pro Woche, Randzeitenbetreuung durchschnittlich zusätzlich 13 Euro pro Woche. In der Regel werde in den Oster- und Herbstferien sowie an den beweglichen Ferientagen eine vollständige Ferienbetreuung angeboten, in den Sommer- und Weihnachtsferien ungefähr für die Hälfte der Ferienzeit.

Abgeordnete Waldinger-Thiering wünscht sich, dass Betreuungszeiten bei Bedarf zeitnah ausgedehnt werden könnten.

Abgeordneter Vogt fragt, inwieweit die Eltern nach ihren Wünschen und Bedürfnissen gefragt würden.

Abgeordnete Röpke fragt nach einer Verknüpfung von Ganztage und DaZ-Bereich.

Abgeordneter Pender plädiert dafür, nicht nur den Ist-Zustand zu beschreiben, sondern auch auf künftige Nachfragen und Bedarfe abzustellen, die mit Sicherheit stiegen.

Ministerin Prien weist darauf hin, dass diese Fragen Gegenstand der qualitativen Erhebung seien, deren Ergebnisse bis Ende des Jahres 2023 vorliegen sollten.

Herr Dr. Lamp macht darauf aufmerksam, dass in der qualitativen Studie auch eine Befragung der Eltern vorgesehen sei. Die Durchführung qualitativer Interviews sei aufwendig.

Herr Dr. Friege teilt mit, dass rund 220 bis 250 der befragten Schulen eine Betreuung vor Beginn der Unterrichtszeit anböten und 190 Schulen eine spätere Betreuung.

Eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering beantwortet Frau Vollertsen, Stellvertretende Referatsleiterin im Bildungsministerium, dahin, die Entwicklung der Bedarfe lasse sich aus der Jugendhilfeplanung ableiten.

Abgeordnete Hildebrand fragt, wie viele Horte es in Schleswig-Holstein gebe.

Abgeordnete Schiebe fragt nach einem Zeitplan für die nächsten Schritte und Überlegungen zur Weiterentwicklung der Serviceagentur „Ganztägig lernen“.

Abgeordneter Vogt möchte wissen, wie der Stand der Gespräche mit den Kommunalen Landesverbänden und möglichen Kooperationspartnern sei, wie die Kosten zwischen Kommunen, Land und Bund aufgeteilt würden und ob die Landesregierung eine Art Ganztagsgesetz vorlegen werde und wie sie dem wachsenden Bedarf an pädagogischen Fachkräften begegne.

Frau Vollertsen führt aus, in Schleswig-Holstein gebe es rund 9.300 Hortplätze für Sieben- bis Elfjährige Schulkinder. Die Verhandlungen mit den Kommunalen Landesverbänden liefen. Der mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs verbundene Bedarf könne nach dem Ganztagsförderungsgesetz durch Kindertageseinrichtungen oder Ganztagschulen gedeckt werden. Dazu solle das im Land vorhandene, vielseitige Angebot genutzt werden.

Ministerin Prien äußert, die rechtliche Festschreibung von Qualitätsstandards hänge von der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ab, zu der die Verhandlungen bedauerlicherweise immer noch nicht begonnen hätten. Man stehe sowohl mit den Kommunalen Landesverbänden im Austausch (auch zur Frage der Finanzierung) als auch mit den Kooperationspartnern (zur Anpassung/Ausweitung der Angebote). Mit der Serviceagentur „Ganztägig lernen“

schließe man jährlich eine Kooperationsvereinbarung ab; weitere Fortbildungsangebote seien geplant. Gemeinsam mit dem Sozialministerium habe man eine Fachkräfteoffensive für den Bereich Kindertagesstätten und Ganztage auf den Weg gebracht; mit dem Schuljahr 2023/24 würden die Ausbildungskapazitäten für Sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten, Erzieherinnen und Erzieher erhöht.

2. **Bericht des Bildungsministeriums zum „Februarpaket“ zur Lehrkräftegewinnung**

Vorlagen des Bildungsministeriums
[Umdrucke 20/970](#) und 20/1001

Ministerin Prien stellt den Handlungsplan zur Lehrkräftegewinnung vor ([Umdruck 20/1001](#)).

Abgeordnete Röttger richtet das Augenmerk auf die Lehrerversorgung im Fach Musik.

Abgeordneter Balasus beantragt, schriftliche Stellungnahmen zum Handlungsplan Lehrkräftegewinnung einzuholen.

Abgeordneter Vogt fragt die Landesregierung, ob sie Überlegungen anstelle, Nachteile gegenüber dem Arbeitgeberkonkurrenten Hamburg auszugleichen, die Zahl der Lehramtsstudienorte auszuweiten, (Umzugs-) Prämien zu zahlen, die materielle Situation der Lehrkräfte in Ausbildung zu verbessern und in bestimmten Fächern einen dualen Lehramtsstudiengang zu ermöglichen.

Ministerin Prien weist darauf hin, dass die Landesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen habe, um mehr Lehrkräfte in den musischen Fächern und im MINT-Bereich zu gewinnen. Gegenwärtig gebe es an Grundschule 473 Lehrkräfte mit dem studierten Unterrichtsfach Musik. Zurzeit machten 1.140 Lehrkräfte vom Modell des Sabbatjahrs Gebrauch; davon nutzten 153 Lehrkräfte das zweijährige Modell (ein Jahr arbeiten, ein Jahr Freistellung), 239 das dreijährige Modell, 238 das vierjährige Modell; außerdem gebe es ein fünfjähriges, sechsjähriges und siebenjähriges Modell (sechs Jahre arbeiten und ein Jahr Freistellung). Im Jahr 2022 seien Lehrkräfte im Umfang von 163 Vollzeitäquivalenten aufgrund des Sabbatjahres nicht im Dienst gewesen. Eine übermäßige Nutzung des Sabbatjahres stünden dienstliche Belange und der Gesichtspunkt der Professionalität (Eingliederung ins Kollegium) entgegen. In den MINT-Fächern (insbesondere Mathematik an der Grundschule) wolle man eine Zuschneidung der fachlichen Inhalte auf die jeweiligen Schularten und eine Stärkung der Fachdidaktik in den Blick nehmen. Man wolle sich weiter für die Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs einsetzen, der in Deutschland gut bezahlt werde und sinnstiftend sei, und dessen Rahmenbedingungen verbessern. Die Allianz für Lehrkräftebildung beschäftige sich auch mit der Frage einer Ausweitung von Studienstandorten. Inwieweit in unterversorgten Regionen Zulagen gezahlt werden könnten, prüfe man. Die Hürden für einen Schulartwechsel wolle man

deutlich absenken. Die berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahme im Fach Informatik sei erfolgreich; man könne sich vorstellen, vergleichbare Weiterbildungslehrgänge in anderen Mangelfächern anzubieten. Denkbar sei auch, einen dualen Studiengang im Grundschulbereich anzubieten.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss antwortet Ministerin Prien, ab dem nächsten Schuljahr gebe es 50 zusätzliche FSJ-Plätze. Bei Teilzeitaufstockung, arbeiten über die Pensionsgrenze hinaus oder arbeiten als Seniorlehrkraft handele es sich um freiwillige Maßnahmen und eine individuelle Entscheidung. Der Kreis Dithmarschen sei ein gutes Beispiel dafür, wie man attraktive Rahmenbedingungen für junge Lehrkräfte schaffen könne. In Schleswig-Holstein seien 200 Lehrerplanstellen nicht besetzt. Darüber hinaus gebe es an den Schulen eine Reihe von Menschen, die nicht über die volle oder „richtige“ Lehramtsbefähigung verfügten (Vertretungen, Programm „Aufholen nach Corona“). Der Direkteinstieg sei mit einer umfassenden Weiterbildungsmaßnahme verbunden.

Herr Oltmann weist darauf hin, dass Vertretungslehrkräfte weniger Unterricht erteilten als ausgebildete Lehrkräfte (Unterschied zwischen Stellen- und Kopf-Betrachtung). Gymnasiallehrkräfte unterrichteten am Gymnasium 25,5 Unterrichtsstunden, bei Abordnung an eine Grundschule 28 Unterrichtsstunden und bei Abordnung an eine Gemeinschaftsschule, die man ermöglichen wolle, 27 Unterrichtsstunden.

Ministerin Prien fährt fort, in den letzten Jahren sei es gelungen, dass jährlich zwischen 30 und 40 Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen unterrichteten. Es gebe auch Gymnasiallehrkräfte, die an Gemeinschaftsschulen unterrichten wollten. Es sei nicht vorgesehen, in Lehramtsfächern, in denen deutlich über den Bedarf hinaus ausgebildet werde, an den Hochschulen Kapazitätsbeschränkungen einzuführen. Man überlege, für ein Doppelfach Kunst und Musik an der Grundschule ein weiteres Angebot zu schaffen. Die Erweiterung des Bewerbungstermins solle zum 1. Februar 2024 umgesetzt werden.

Abgeordneter Krüger wünscht sich zur Attraktivität der Ausbildungsregionen, dass die Allianz für Lehrkräftebildung eine Vernetzung von Hochschule und kommunaler Seite befördere.

Der Bildungsausschuss beschließt, zum Bericht [Umdruck 20/970](#) bis zum 21. April 2023 schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

**3. Sachstandsbericht des Bildungsministeriums zum Projekt
„PRO-Jung“
[Umdruck 20/1037](#)**

Vorschlag des Vorsitzenden

Frau Dr. Koch, Referentin im Bildungsministerium, trägt den Bericht vor (Sprechzettel [Umdruck 20/1037](#)).

Auf eine Frage des Vorsitzenden antwortet das Bildungsministerium nach der Ausschusssitzung, Anwendungsschulen seien Schulen, in denen die Lehrkräfte selbstständig das START-Kids-Programm durchführten; dies sei in 15 Schulen mit insgesamt 23 Klassen der Fall. Das ZIP führe das Programm in zwei Klassen einer Schule durch (Durchführungsschule); in dieser Schule werde das Programm zudem von zwei Lehrkräften an zwei weiteren Klassen durchgeführt. Insofern könnte auch diese Schule wenigstens teilweise als Anwendungsschule bezeichnet werden; in Summe gebe es dann 16 Anwendungsschulen.

4. Umsatzsteuerbefreiung für Volkshochschulen

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/399](#)

Bildung bezahlbar erhalten – die Umsatzsteuerbefreiung von Volkshochschulen muss bestehen bleiben

Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/445](#)

(überwiesen am 25. November 2022 an den **Finanzausschuss** und den Bildungsausschuss)

Der Bildungsausschuss schließt sich im Vorwege dem Votum des federführenden Finanzausschusses an.

5. Leistung muss sich lohnen – Konzept zur leistungsbezogenen Besoldung von Lehrkräften erarbeiten

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/589](#)

Entlastung von Lehrkräften als Teil einer Gesamtstrategie zur Lehrkräftegewinnung und -sicherung

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/640](#)

(überwiesen am 27. Januar 2023)

– Verfahrensfragen –

Auf Wunsch der FDP vertagt der Bildungsausschuss die Beratung erneut.

6. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/927](#) – Leitfaden „Judentum, Antisemitismus, Israel“

[Umdruck 20/937](#) – Haushaltsberatungen

Der Bildungsausschuss nimmt die beiden Umdrucke zur Kenntnis.

7. **Verschiedenes**

- a) Ministerin Prien teilt mit, dass Dr. Moritz Schularick, Professor für Volkswirtschaftslehre, ab 1. Juni 2023 neuer Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft werde.
- b) Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses findet am 4. Mai 2023 statt.
- c) Abgeordnete Waldinger-Thiering bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen über die Zukunft der Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein GmbH zu beraten.
- d) Abgeordnete Schiebe bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen mit den vier staatlichen Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Schleswig-Holstein über ihr Faktor-10-Positionspapier vom 27. September 2021 zu sprechen.
- e) Auf Vorschlag des Vorsitzenden vereinbart der Bildungsausschuss, das in der letzten Sitzung behandelte Thema Schulpflicht und Kindeswohl im Rahmen eines Fachgesprächs mit Richterverbänden, kommunalen Landesverbänden und weiteren Experten zu vertiefen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer